



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 22.06.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 29. Juni 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Sachstand Nahverkehrsplan
3. 23-F-63-0033

Auswirkungen des Deutschland-Tickets auf das Wiesbadener Tarifsysteem

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 01.03.2023 -

Berichterstattung durch ESWE-Verkehr

4. **Erfahrungsbericht Doppelgelenkbus und Ausblick**

5. **22-A-81-0003**

Machbarkeitsstudie Aartalbahn

6. **23-F-69-0042**

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG zur Sitzungsvorlage 23-V-05-0066 (Maßnahmen für die Rückkehr zum Regelfahrplan ESWE Verkehr) des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen und für Mobilität am 17. Mai 2023

Antrag aus der Sitzung vom 04.05.2023:

7. **23-F-69-0030**

Einsatz von eFuels bei Kommunalfahrzeugen - Fördermittel des Bundes einwerben
- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -

Das Ziel der klimaneutralen Stadtverwaltung stellt Wiesbaden vor zahlreiche Herausforderungen. Eine maßgeblich hierbei sind die zahlreichen Kommunalfahrzeuge (Müllabfuhr, Straßenreinigung, Winterdienst, etc.), für die auf absehbare Zeit keine batterieelektrischen Alternativen verfügbar sein werden. Eine Möglichkeit hierbei ist der Betrieb mit grünem Wasserstoff. Nicht zuletzt die Entscheidung der ESWE Verkehr zukünftig - entgegen aller nationaler und internationaler Trends - auf Wasserstoffantriebe zu verzichten und auch die frisch gekaufte Wasserstofftankstelle an Mainz zu verkaufen, macht die Umsetzung in näherer Zukunft jedoch schwieriger. Eine Alternative hierfür bieten synthetische Kraftstoffe, die aus Wasserstoff und Kohlenstoffdioxid gewonnen werden können und je nach verwendetem Strommix klimaneutral sind.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

sich bei der Bundesregierung um eine Förderung im Rahmen des „Gesamtkonzepts Erneuerbare Kraftstoffe“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zu bemühen, um Pilotprojekte zur Nutzung von synthetischen Kraftstoffen in Kommunalsonderfahrzeugen umzusetzen.

Anträge zur Sitzung am 29.06.2023:

8. 23-F-69-0049

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Bewohnerparken - Auswirkungen auf Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2023 -

In einem beachtenswerten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird die Regelung des Bewohnerparkens in der Stadt Freiburg für unwirksam erklärt. In seinem Urteil kommt das Gericht zu dem Ergebnis, dass es statt einer Satzung einer Rechtsverordnung bedurft hätte. Auch Ermäßigungen aus sozialen Gründen sowie unterschiedliche Gebühren für verschieden große Pkws sind unzulässig, da beides nach dem Willen des Bundesgesetzgebers nicht vorgesehen ist.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Auswirkungen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Freiburger Bewohnerparken für die Wiesbadener Bewohnerparkregelungen hat (insbesondere auf die angedachten Erhöhungen für größere oder schwere Pkws und Ermäßigungen aus sozialen Gründen);
2. zu berichten, ob und welche Auswirkungen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für das vergünstigte ÖPNV-Ticket für Kinder und Jugendliche hat, welches durch die Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren finanziert wird;
3. zu berichten, ob eine weitere Erhöhung der Gebühren für das Bewohnerparken zu erwarten ist;
4. zu berichten, ob gegen die neuen Wiesbadener Bewohnerparkregelungen Rechtsmittelverfahren bzw. Klageverfahren anhängig sind, wenn ja, wie viele und ob es darüber bereits eine Entscheidung gibt;
5. zu berichten, ob bereits erteilte Ausnahmegenehmigungen für Gewerbetreibende und Freiberufler, Auszubildende mit Nebenwohnsitz oder betreuende Pflegepersonen, unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts, als rechtswidrig einzuschätzen sind;
6. zu berichten, ob der unter BSP 5 genannte Personenkreis nun sowohl mit höheren Gebühren und sogar mit Nachzahlung rechnen muss.

9. 23-F-05-0007

Schneller Ausbau der A 66 darf nicht an der Verweigerungshaltung des hessischen Verkehrsministeriums scheitern
- Antrag der Fraktion FDP vom 21.06.2023 -

Der Ausbau der A 66 zwischen dem Wiesbadener und dem Schiersteiner Kreuz auf sechs bzw. acht Fahrstreifen ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 als vordringlicher Bedarf zur Engpassbeseitigung vorgesehen. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis liegt bei hervorragenden 5,2. Selbst die Landesregierung sieht die Notwendigkeit des Ausbaus. So heißt es im Bundesverkehrswegeplan aus Sicht des Landes: „Der vorhandene Querschnitt bietet keine ausreichende Verkehrsqualität mehr. Die A 66 verbindet Rheinland-Pfalz mit dem Rhein-Main-

Raum und übernimmt ab der A 3, AK Wiesbaden die Verteilung der Fernverkehre auf die Stadt Frankfurt.“

Im Rahmen des Planungsbeschleunigungspakets der Bundesregierung wurden die Bundesländer gebeten, zu erklären, welche Ausbauprojekte aus „überragendem öffentlichen Interesse“ in das Beschleunigungspaket des Bundes aufgenommen werden sollen. Nachdem die Landesregierung die ursprüngliche Frist zur Rückmeldung verstreichen ließ, hat sie die Aufnahme einzelner Projekte, u.a. die Engpassbeseitigung auf der A 66 zwischen Wiesbadener und Schiersteiner Kreuz, unverständlicherweise abgelehnt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

die Landesregierung mit Nachdruck aufzufordern, die Engpassbeseitigung der A 66 für das Beschleunigungspaket des Bundes nachzumelden.

10. 23-F-15-0018

E-Tretroller verbieten

-Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 21.06.2023

Zitat aus der FAZ vom 17.06.2023:

Bewertung der E-Scooter: „Kowol nach eigener Aussage „am liebsten sofort verbieten“ würde! Dies begrüßen wir ausdrücklich!

Der Mobilitätsausschuss möge beschliessen,

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, das gewerbliche Ausleihen von E-Tretrollern in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu verbieten (analog zur Stadt Paris).

Über das Ergebnis ist der Mobilitätsausschuss zu informieren.

11. 23-F-69-0050

Rechtsabbieger 1. Ring

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2023 -

Seit mittlerweile mehreren Jahren ist es nicht mehr möglich, vom 1. Ring direkt auf die Biebricher Allee zu gelangen. Sowohl die Straße „Am Landeshaus“ als auch die Kreuzung 1. Ring/ Biebricher Allee ist so baulich gestaltet worden, dass ein Rechtsabbiegen nicht mehr möglich ist. Stattdessen muss eine Schleife im Bereich des Bahnhofes gefahren werden, um vom 1. Ring in die Biebricher Allee zu gelangen.

Das Verkehrsdezernat hatte zwischenzeitlich einen Umbau der Kreuzung 1. Ring/ Biebricher Allee geprüft, sodass dadurch wieder ein Rechtsabbiegen nach Biebrich ermöglicht wird.

Nach Aussage des Verkehrsdezernenten sollte der Umbau aber nicht während der Sperrung der Salzachtalbrücke geschehen. Nun ist die Öffnung für Dezember 2023 avisiert, sodass die Aufhebung der Sperrung/ Umbau der Kreuzung im Jahr 2024 erreicht werden kann.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das Rechtsabbiegen vom 1. Ring in die Biebricher Allee zeitnah nach Öffnung der Salzbachtalbrücke wieder zu ermöglichen;
2. dem Ausschuss für Mobilität dazu den aktuellen Planungsstand vorzustellen und dabei auch zu berichten, welche Varianten dabei geprüft wurden.

12. 23-F-78-0007

Carsharing in Wiesbaden: Bestand E-Autos

- Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2023 -

In Wiesbaden gibt es laut der städtischen Homepage aktuell drei Carsharing-Anbieter mit rund 180 Fahrzeugen im Angebot.

Leider finden sich keine Angaben zur Antriebsart der Autos auf der Homepage.

An den Carsharing-Stationen sind zumeist keine E-Autos zu finden. Auch auf den Seiten der drei Anbieter werden nur vereinzelt E-Autos angeboten.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie viele E-Autos im Wiesbadener Carsharing-Angebot tatsächlich zur Verfügung stehen;
2. aus welchen Gründen die Anzahl von E-Autos im Wiesbadener Carsharing-Angebot so gering ist;
3. ob das Angebot von E-Autos ein Kriterium bei der damaligen Ausschreibung war und falls nicht, ob dieses Kriterium bei zukünftigen Ausschreibungen aufgenommen wird.

13. 23-F-86-0002

DIGI - V - Sachstand

- Antrag der Fraktionen FW/Pro Auto und CDU vom 21.06.2023 -

Am 25. November 2021 wurde das Modellprojekt DIGI-V gestartet. Hierzu bitten wir um die folgenden Informationen.

Der Mobilitätsausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) Welche Kosten sind bislang (Stand 31.03.2023) für das Projekt entstanden?
- 2) Welche Fördermittel hat die LHW hierfür bislang (Stand 31.03.2023) erhalten?
- 3) Wie hoch werden aktuell die jährlichen Folgekosten veranschlagt (für 2023 und 2024)?
- 4) Bis wann wird mit der vollen Funktionsfähigkeit des DIGI -V Systems gerechnet?

- 5) Was sind bislang die entscheidenden Hinderungsgründe für ein gute Funktionsfähigkeit?

14. 23-F-22-0022

Verzögerungen beim Bau der Quartiersgarage am Elsässer Platz

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 21.06.2023 -

Die Eröffnung der Quartiersgarage am Elsässer Platz verzögert sich erneut. Nach Informationen des Wiesbadener Kuriers ist nun frühestens im Sommer 2024 mit der Fertigstellung zu rechnen. Auch die Kosten sind erneut gestiegen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Welche Alternative bietet der Magistrat den Anwohnern und Pendlern für die mindestens 70 Parkplätze auf dem Elsässer Platz, die nicht in der Quartiersgarage untergebracht werden können und damit wegfallen?
2. Stehen alle Stellplätze in der zukünftigen Quartiersgarage dauerhaft zur Verfügung oder
 - a. werden einzelne Stellplätze für den Stellplatzbedarf der Sporthalle blockiert?
Wenn ja, wie viele?
 - b. werden einzelne Stellplätze/E-Stellplätze für den E-Mobility-Hub vorgehalten?
Wenn ja, wieviele?
3. Haben die Verzögerungen beim Bau der Quartiersgarage Auswirkungen auf die Förderung?
Wenn ja, welche?

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-V-34-0002

Änderung der Sondernutzungssatzung zur Gebührenerhebung für gewerblich genutzte E-Roller

Hinweis: Hierzu berät der Magistrat voraussichtlich am 27.06.2023.

2. 23-V-61-0010

DL 13/23-23

Rhein.Main.Ufer-Konzept; Maßnahmen für Freizeit & Erholung, Natur, Gastronomie und Mobilität

3. 23-V-61-0017 **DL 13/23-24**

Zeitnahe Schienenanbindung neuer BKA-Standort

4. 23-V-66-0223 **DL 13/23-25**

Öffentliche Straßenbeleuchtung
Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden 2023

5. 23-V-66-0219 **DL 14/23-10**

Wallauer Spange - Kommunales Projekt P+R ZOB Variantenauswahl Vorplanung

6. 23-V-66-0224 **DL 14/23-11**

Radschnellverbindung Wiesbaden-Mainz

7. 22-F-63-0073

Wiesbadener Standards für Radinfrastruktur
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.09.2022

Hinweis: Der Bericht von Dezernat V vom 19.05.2023 ist im PIWi eingestellt.

8. 22-F-63-0082

Den Wiesbadener ÖPNV nachhaltig sichern
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 15.09.2022 -

Hinweis: Der Bericht von Dezernat V vom 30.04.2023 ist im PIWi eingestellt.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft,
Vorsitzender